

# Beitragssschere klafft immer weiter auseinander

Eltern zahlen im Jahr über 700 Euro mehr für Betreuung im Kindergarten St. Martin als anderswo in Greding – außer im Waldkindergarten

Von Volker Luft

**Greding** – Der Stadtrat von Greding hat vor Jahren schon das Ziel ausgegeben, dass die Beiträge für die Kindergärten in der Großgemeinde einigermassen einheitlich sein sollten. Wie die Entwicklung zeigt, ist dieses Ziel offenbar aus den Augen verloren worden, am augenfälligsten wird das beim Unterschied zwischen dem katholischen Kindergarten St. Martin und dem evangelischen Johannes-Kindergarten, beide nur wenige Steinwürfe voneinander entfernt in der Kernstadt gelegen. Der geplante Waldkindergarten wird ebenfalls relativ teuer werden – zumindest deutlich bislang alles darauf hin.

Demn die Betreuung in freier Natur sollen sich die Eltern einiges kosten lassen: Wer sein Kind vier bis fünf Stunden pro Tag in die Obhut der Erzieherinnen des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) gibt, sollte 180 Euro im Monat bezahlen, für eine Stunde mehr wäre schon ein Monatsbeitrag von 200 Euro fällig gewesen. So zumindest der Vorschlag, mit dem der BRK-Kreisverband Südranken – das Rote Kreuz fungiert als Träger des Waldkindergartens – an Bürgermeister Manfred Preischl (FW) herangerufen ist. Diese Zahlen sind allerdings schon wieder vom Tisch, wie Preischl auf Anfrage unserer Zeitung mitteilt. „Wir gehen davon aus, dass wir mit geringeren Beiträgen starten“, sagt er. Und zwar mit 140 Euro für maximal fünf Stunden, 160 Euro für sechs. Das habe er dem BRK mitgeteilt. Da die Kommune das Defizit – falls denn eines anfällt – gemäß einer Vereinbarung trägt, werde sie sozusagen unterstützend tätig. In welchem Umfang ein Defizit übernommen werden müsste – beispielsweise zu 100 oder 90 Prozent oder gar nur zur Hälfte –, darauf wollte Preischl nicht näher eingehen: „Das sind Verträge mit unseren jeweiligen Einrichtungen.“

Deren Preisgestaltung drifft derzeit auch auseinander. Im Johannes-Kindergarten kosten die beiden genannten Zeiträume 95 und 105 Euro – und viel weniger als etwa im künftigen Waldkindergarten. Doch auch unter den Eltern im katholischen Kindergarten gärt es. Denn die jüngste Beitragshöhe hat es mit sich gebracht, dass Eltern im Kindergarten St. Martin 153 beziehungsweise 167 Euro im Monat bezahlen – also nur wenig mehr als bei der Betreuung im Freien. Abzuziehen sind in allen Fällen tibi-



Freude herrscht lediglich bei den Kindern im Kindergarten St. Martin, wenn sie ein Fest feiern können. Bei den Eltern wächst der Unmut, da sie im Gemeindegebiet die höchsten Beiträge bezahlen müssen.

Foto: T. Schmidt (Archiv)

## Alles eine Frage der Vertragsgestaltung

**Greding** – 105 Euro pro Monat im Johannes-Kindergarten, 167 Euro in St. Martin: Die Schere bei den Betreuungsrichtungen in Greding klafft nach der jüngsten Beitragserhöhung in der katholischen Einrichtung weit auseinander. Ein Hauptgrund dafür sind die unterschiedlichen Besitzverhältnisse: Das Gebäude des Johannes-Kindergartens gehört der Stadt Greding, beim Kindergarten St. Martin ist die katholische Kirchenstiftung Eigentümerin.

Das wirkt sich ganz praktisch aus, wenn es beispielsweise um Sanierungen geht: Während die Kommune derlei Dinge für ihre eigenen Gebäu-

de aus dem Haushalt bestreitet, ist bei Häusern im kirchlichen Eigentum eben die Kirchenstiftung zuständig, die weniger Geld zur Verfügung hat. Ein sogenannter fleigeleinnützige Träger hält sich damit tendenziell eher an die Eltern, wenn es um die Deckung der Kosten geht, die Kommune bleibt ein großes Stück weit außen vor.

Dabei ist die Kindertagesbetreuung ist eine kommunale Aufgabe. Die Gemeinden müssen für ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot sorgen: Das bedeutet vor allem, dass die erforderlichen Plätze verfügbar sind – für alle Altersgruppen. Der Freistaat

Bayern unterstützt die Kommunen bei der Finanzierung der Kindertagesbetreuung, vor allem beim laufenden Betrieb, aber auch bei der Schaffung neuer Betreuungsplätze.

Kommt ein Träger ins Spiel, schließt die Kommune mit diesem eine Betriebsrägervereinbarung. Die darin enthaltenen Konditionen sind Verhandlungssache. Jeder Träger ist froh, wenn er einen möglichst hohen Betrag zur Verfügung hat – einerseits von der Gemeinde, andererseits von den Eltern, die sich laut Gesetz allerdings nur am gesamten Personalkostenaufwand der Einrichtung beteiligen. So vermeidet er Diskus-

sionen, sollte er Geld brauchen. Produziert eine Kinderbetreuungseinrichtung ein Minus, steht letztlich in aller Regel die Kommune gerade. Zudem ist zu einem großen Teil. Denn in welchem Umfang das geschieht, ist zumeist in einem weiteren Vertrag geregelt, auf den sich wiederum Träger und Kommune einigen. Mit einem Defizitvertrag gewährt die Kommune dem Träger neben seinem gesetzlichen Förderanspruch zusätzlich einen jährlichen Betriebsaufwands als freiwilligen Zuschuss – der kann bis zu 100 Prozent betragen. Muss aber nicht.

„Ich kenne die anderen nicht“, erwidert Bürgermeister Preischl. „Wir müssen auf unsere Gegebenheiten achten, auf das, was der Betreiber uns vorgelegt hat.“ Der im Übrigen bislang noch keinen Waldkindergarten betreibt. Die Kommune habe bei der Gestaltung der Beiträge zwar ein Mitspracherecht, „aber wenn mit Personalkosten argumentiert wird, wird es schwierig.“

Ebenso sei es beim Kindergarten St. Martin, der nach der jüngsten Erhöhung die mit Abstand höchsten Beiträge aller existierenden Kindergärten im Gemeindegebiet verlangt. „Wir haben widersprochen“, sagt Preischl, doch der Betreiber habe die Preise letztlich festgelegt. Es gebe in den einzelnen Kindergärten unterschiedliche Voraussetzungen, die eine relativ einheitliche Beitragsgestaltung – die ursprüngliche Absicht der Stadt – sehr erschwere: „Wo wir Eigentümer der Anlagen sind, liegt eine andere Kalkulation zugrunde.“

gens rechnerisch 100 Euro, denn so viel schießt der Freistaat Bayern seit April 2019 zu. Aufs Jahr gerechnet zahlen die Eltern im katholischen Kindergarten bei der Betreuung bis zu sechs Stunden 744 Euro mehr im Jahr als in der evangelischen Einrichtung.

Der geplante Waldkindergarten bewegt sich im oberen Bereich dieser Preisspanne. Martin Fickert, der zuständige Bereichsleiter beim BRK-Kreisverband Südranken, hält den vergleichsweise hohen Beitrag

für die Betreuung unter Baumbäumen für gerechtfertigt, sein Vorschlag reichte sogar bis zu 200 Euro im Monat. Er habe der

Kommune eine Vollkostenrechnung präsentiert, in der nicht nur die Personalkosten enthalten sind – sie sind wegen des vorgeschriebenen Betreuungsschlusss höher als in einem Kindergarten im Haus –, sondern auch Investitionen: ein Bauwagen, in dem die Kleinen unterkommen können, eine Komposttoilette, Umzäunung, Gewährleistung des Ret-

tungsdienstes – derlei Dinge. Dass jetzt nur noch fünf konkrete Anmeldungen für den Waldkindergarten – der im September oder Oktober eröffnet sein soll – vorliegen, hält Fickert für kein Problem. Ungesichert

des Umstandes, dass Anfang des Jahres mehr als 20 Eltern Interesse angemeldet hätten. „Das ist schon richtig gut“, sagt Fickert zu der deutlich geschrumpften Zahl. Bei einem Kindergarten, der noch gar nicht existiert, „wäre ich doch auch vorsichtig und würde mir

das Ganze erst einmal anschauen.“

Bei solchen Beiträgen wäre beim Waldkindergarten „das Scheitern von vornherein garantiert“, sagt dagegen Katja Huber aus Heimbach, dessen Initiatorin. Die Beiträge seien „nicht sozialverträglich, wir leben hier nicht in Mönchen, wo man auch dementsprechend verdient.“

Sie hat Erfahrung mit einer solchen Einrichtung, einer ihrer Söhne hat bis Mitte des vergangenen Jahres einen

Waldkindergarten im Kreis Eichstätt besucht. Weshalb sie sich umgesehen und die Beiträge in der Region erfragt hat. Zum Teil müssen Eltern gar nichts oder lediglich einen Vereinsbeitrag in Höhe von weit unter 100 Euro im Jahr bezahlen; den eigentlichen Beitrag decken die 100 Euro vom Land Bayern ab. Er wisse nicht, ob es in Oberbayern eventuell andere Förderungen gebe, sagt Martin Fickert dazu auf Anfrage unserer Zeitung.

Im Kreis Roth allerdings gibt es sowohl in der Kreisstadt als auch in Allersberg einen Waldkindergarten. Selbst da beträgt der Höchstsatz jedoch nur rund 132 Euro monatlich in Roth, der Beitrag muss sich an den übrigen Kindergärten orientieren. In Allersberg ist es noch günstiger: rund 117 Euro. Zu solchen Preisen will auch Katja Huber kommen. Sie sehe „den völlig überrouteten katholischen Kindergärten in Greding nicht als geeigneten Orientierungswert an“, sagt sie. Sie gesteht zwar zu, dass ein Waldkindergarten wegen der vorgeschriebenen intensiveren Betreuung höhere Personalkosten hat. Doch will sie auch berücksichtigt sehen, dass man unter freiem Himmel im Vergleich zu einem Gebäude nur Pennunz investiert. Auch fielen kaum Kosten für die Erhaltung des Hauses, für einen Hausmeister und die Reinigung oder für Spielzeug an. An den anderen Waldkindergärten in der Region sehe man doch, dass es weitaus günstiger gehe, sagt sie.

HK